

## «Terroristen sind und bleiben Terroristen»

Marianne Binder will, dass die Schweiz die Hamas verbietet – und findet es «himmeltraurig», dass Synagogen bewacht werden müssen.

**Eva Berger**

Lange hat es nicht gedauert: Vier Tage nach den brutalen Angriffen der Hamas in Israel hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK-N) gestern eine Forderung eingereicht. «Die Terrororganisation Hamas verbieten», so der knappe Titel des Vorstosses. Die Schweiz müsse sich jetzt klar positionieren, der Bundesrat wird aufgefordert, «endlich ein Hamas-Verbot umzusetzen».

Diese Idee kommt nicht zum ersten Mal auf den Tisch. Ein Postulat für ein Verbot der Hamas hat der Nationalrat 2018 deutlich abgelehnt. Eine ähnlich lautende parlamentarische Initiative um den St. Galler Lukas Reimann 2022 ebenfalls. Beide Male stimmte nur die SVP geschlossen für ein Verbot. Einzelne Ja-Stimmen kamen aus der Mitte- und der FDP-Fraktion.

Ja sagte letztes Jahr auch Marianne Binder, Nationalrätin und Mitte-Aargau-Präsidentin.

Sie ist klare Befürworterin eines Verbots von Terroristenorganisationen wie der Hamas oder der Hisbollah. Für die Ablehnung des Reimann-Vorstosses hatte sie kein Verständnis. Wenn die Kommission jetzt mit einem eigenen Vorstoss komme, hätte sie ein Verbot ja schon vor einem Jahr empfehlen können, findet Binder und sagt: «Terroristen sind und bleiben Terroristen».

### **Sicherheitskommission hat Verbot 2022 abgelehnt**

«Wenigstens ist bei diesem Ausmass des Terrors der Handlungsbedarf endlich erkannt», so Binder. Denn an der Rechtslage in der Schweiz habe sich seit dem letzten Jahr nichts geändert – nach wie vor müsste wohl das Nachrichtendienstgesetz angepasst werden, wollte man denn ein solches Verbot durchsetzen. Immerhin: Jetzt sehe es danach aus, als könne es im Parlament eine Mehrheit finden.

Binder hat in den letzten vier Jahren im Nationalrat selber mehrere Vorstösse zur Lage in

Israel und zur Rolle der Schweiz eingereicht. Sie wollte eine offizielle Distanzierung vom Apartheid-Vorwurf gegen Israel erwirken. Dann hat sie einen Bericht über die Aktivitäten der Hisbollah in der Schweiz gefordert (und erhalten).

Ende 2021 stellte sie Fragen zur Finanzierung der palästinensischen NGOs, im gleichen Jahr wies sie auf «systematischen Antisemitismus und Hetze» in Unterrichtsmaterialien der UNRWA hin, dem Hilfswerk der UNO für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Die Schweiz unterstützt das Hilfswerk mit jährlich 20 Millionen Franken.

### **Eine Verbot gäbe eine Handhabe**

«Verbieten wir Hamas und die Hisbollah, hat die Schweiz eine bessere Handhabe zur Verfolgung und Sanktionierung.» Man würde hier mit der EU gleichziehen, sagt Binder. Der Terror der Hamas richte sich ganz klar auch gegen jene Palästinenserinnen und Palästinenser, die sich eine

### **«Verbieten wir Hamas und die Hisbollah, hat die Schweiz eine bessere Handhabe zur Verfolgung und Sanktionierung.»**



**Marianne Binder**  
Nationalrätin (Die Mitte)

friedliche Zweistaatenlösung wünschten. «Das ist mit Hamas nicht konform, denn diese anerkennt Israel nicht.» Diesen Konflikt kann die Schweiz aber nicht lösen, was also erwartet Binder jetzt vom Bund?

«Die Schweiz ist im UNO-Sicherheitsrat, dort muss sie klipp und klar Stellung beziehen.» Bei diesem «fürchterlichen und auch barbarischen Angriff» auf Israel gehe es um Diktatur versus Demokratie, um Terror gegen Rechtsstaatlichkeit. Auf welche Seite sich die Schweiz hier stelle, müsse nicht diskutiert werden. Jetzt brauche es Solidarität: «Wir müssen auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.»

Dass der Konflikt in einem Ausmass wie in Deutschland auf die Schweiz überschwappt, mit propalästinensischen Kundgebungen, antisemitischen Parolen und Rechtfertigungen des Terrors, glaubt Marianne Binder eher nicht. Das Thema fundamentalistischer Parallelgesellschaften sei bei uns weniger evident.

«Die Integrationsleistung der Schweiz ist im Verhältnis zum Ausländeranteil nicht schlecht.» Dennoch sei das Problem des radikalen Antisemitismus auch in der Schweiz vorhanden. Nur schon, dass die jüdischen Menschen gezwungen seien, ihre Synagogen zu bewachen, «ist ja himmeltraurig», so Binder.

### **Kantonspolizei beurteilt Situation laufend**

Raphael Weisz, der Sicherheitsverantwortliche der Israelitischen Kultusgemeinde Baden, sagte gestern in der AZ, er könne sich nicht im Detail zu den Sicherheitsmassnahmen äussern. Aus der Vergangenheit habe man gelernt, dass Attacken auf jüdische Einrichtungen meist verzögert auftreten.

Man stehe in engem Austausch mit der Kantonspolizei. Auch diese will auf Anfrage aus polizeitaktischen Überlegungen keine Details nennen. «Die aktuellen Ereignisse beobachten wir und beurteilen die Lage laufend», teilt die Medienstelle mit.